



Vorlage KuSA_09/2019
zur öffentlichen Sitzung des
Kultur- und Schulausschusses
am 18.03.2019

mit 4 Anlagen

An die
Mitglieder
des Kultur- und Schulausschusses

Sachstandsbericht Europaangelegenheiten

Turnusmäßig berichten wir im Kultur-, Schul- und Europaausschuss über aktuelle Entwicklungen und Vorgänge auf europäischer Ebene, die den Landkreis Ludwigsburg betreffen.

Rückblick auf 2018

I. Aktivitäten des RGRE – Delegiertenversammlung in München

Am 19./20. November 2018 fand die Delegiertenversammlung der deutschen Sektion des RGRE in München unter Teilnahme von 300 kommunalen Vertretern, auch mit einer Delegation des Ludwigsburger Kreistags, statt. Landrat Dr. Haas nahm in seiner Funktion als Vizepräsident der deutschen Sektion des RGRE teil. Bei der Wahl der Führungsgremien wurde Dr. Frank Mentrup, Oberbürgermeister von Karlsruhe, zum neuen Präsidenten der deutschen Sektion gewählt. Landrat Dr. Haas wurde über den deutschen Landkreistag zum Mitglied des Hauptausschusses der Deutschen Sektion des RGRE gewählt (Amtszeit = 3 Jahre).

Bei der Delegiertenversammlung wurde die Münchener Erklärung (**Anlage 1**) verabschiedet. Darin fordern die Delegierten dazu auf, die kommunale Ebene stärker im EU-Mehrebenen System zu berücksichtigen. Zur Neugestaltung der EU- Förderpolitik ab 2021 steht in der Erklärung, dass diese stärker an die örtlichen Gegebenheiten angepasst werden sollte. Es wird gefordert, dass die EU mit Unterstützung der kommunalen Ebene stärker den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern suchen soll. Außerdem wird wiederholt die Forderung einer gemeinsamen und solidarischen EU-Asylpolitik betont.

II. Aktivitäten des CEMR – Policy Committee in Ludwigsburg

Am 10./11. Dezember 2018 fand die Sitzung des CEMR Policy Committee und des Executive Bureau bei uns im Kreishaus statt. Über 120 Delegierte aus 20 Ländern folgten der Einladung in den

Landkreis Ludwigsburg, zu der Landrat Dr. Haas in seiner Funktion als Co-Präsident des CEMR eingeladen hatte.

Bei einem **High-level Dialogue mit Rainer Wieland** haben die Delegierten zur Zukunft Europas diskutiert. Die Teilnehmer kamen zum Schluss, dass die kommunale Ebene mehr Einfluss bekommen sollte. Außerdem wurde angesprochen, dass ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, bei dem einzelne Staaten bei bestimmten Themen enger zusammenarbeiten, eine Lösung darstellen könnte.

Europaminister Guido Wolf hielt anschließend seine Eröffnungsrede zum Thema Nachhaltigkeit. Es wurde diskutiert, wie die Kommunen und Regionen die Umsetzung der 17 Ziele zur nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Agenda 2030 unterstützen können. Es wurde deutlich, dass die kommunale Ebene eine entscheidende Rolle bei der Erreichung dieser Ziele spielen kann. Das Policy Committee des CEMR bekräftigte in Ludwigsburg erneut die Unterstützung des Pariser Klimaabkommens. Außerdem soll an einem neuen Zertifikat für kompostierbare Plastikbeutel gearbeitet werden. Das Policy Committee forderte zudem, dass die Kommunen mehr finanzielle Anreize für Klima- und Umweltschutzmaßnahmen erhalten sollten, und außerdem, dass die strengen Berichtspflichten entfallen sollen.

Ausblick auf 2019

Das Jahr 2019 wird mit der **Europawahl am 26. Mai** ein bedeutendes und entscheidendes Jahr für die Zukunft der Europäischen Union. Die Europawahl wird darüber entscheiden, ob die EU vorangeht, stagniert, oder sogar weiter zerfällt. Je mehr europakritische Stimmen im Europaparlament sitzen werden, desto schwieriger wird es sein, Mehrheiten für Gesetze auf europäischer Ebene zu finden. Die derzeitige absolute Mehrheit der Europäischen Volkspartei (EVP) und der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten (S&D) wird voraussichtlich schrumpfen. Es bleibt noch fraglich, ob sich die europaskeptischen Abgeordneten überhaupt in einer Fraktion organisieren können, oder ob sie aufgrund ihrer Einzelmeinungen weiterhin zersplittert im Europaparlament auftreten. Es ist anzunehmen, dass sich der Charakter und die Arbeitsweise im Europaparlament stark verändern werden. Das Policy Committee des CEMR hat bei seiner Sitzung im Dezember in Ludwigsburg ein Manifest zur Europawahl verabschiedet (**Anlage 2**).

Wir möchten auch Sie als Kreisrätinnen und Kreisräte bitten, in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis auf die Europawahl aufmerksam zu machen. **Demokraten haben eine Pflicht: Wählen!**

III. Bericht zum Europadialog „Europa ist unsere Chance“ am 7.02.19 im Kreishaus

Die Europawahl im Mai und die Zukunft der EU standen bei unserem Europadialog „Europa ist unsere Chance“ am 7.02.19 im Kreishaus im Mittelpunkt. Die vom europäischen Dachverband CEMR und der EU-Kommission geförderte Veranstaltung hatte zum Ziel, die positiven Errungenschaften der EU hervorzuheben und den Bürgerinnen und Bürgern die EU näherzubringen. **EU-Kommissar Günther Oettinger** eröffnete den Dialog und forderte das Publikum auf, aktiv für die Europawahl zu werben. Über 300 Teilnehmer – davon 100 Schülerinnen und Schüler unserer verschiedenen Schulen - haben sich am Europadialog beteiligt, bei dem der Landkreistag und der Städtetag Baden-Württemberg Mitveranstalter waren und auch die Europa Union Kreisverband Ludwigsburg mitgewirkt hat.

Vor der Podiumsdiskussion fanden außerdem vier Workshops zu europapolitischen Themen mit den Jugendlichen statt, die von der HVF Ludwigsburg wissenschaftlich begleitet wurden. Es wurde

deutlich, dass die Jugendlichen großes Interesse an der EU und Politik im Allgemeinen zeigen, aber dass die Schüler mehr konkrete Ergebnisse von der EU erwarten – gerade auch beim Thema Klimaschutz. Als weiteres zentrales Thema wurde die Rolle der Landkreise angesprochen. Das im EU-Recht verankerte Subsidiaritätsprinzip wurde als Errungenschaft für die kommunale Ebene gewertet, aber es müsse doch deutlicher gemacht werden, auf welcher Ebene was entschieden wird. Am Ende kamen die Podiumsteilnehmer Catherine Veber (Generalkonsulin Frankreichs in Stuttgart), Evelyne Gebhardt (Vizepräsidentin Europäisches Parlament), Frédéric Vallier (Generalsekretär CEMR) und Prof. Dr. Frank Baasner (Leiter deutsch-französisches Institut) zum Schluss, dass die EU die einzige Chance biete, die Zukunft in einer globalen und immer komplexeren Welt mitzugestalten.

IV. Das Europaleitbild der Landesregierung

Auch die Landesregierung Baden-Württemberg befasst sich seit Ende 2017 intensiv mit der Zukunft Europas und hat 2018 in einem breit angelegten Beteiligungsprozess mit Bürgern, Experten und Interessenvertretern in Bürger- und Expertenforen diskutiert. Unter dem Motto „Wir gehen schon mal vor!“, fanden Bürgerdialoge in Bad Mergentheim, Rastatt, Ravensburg, Tuttlingen und Freiburg statt. Die Landesregierung sieht sich in ihrer Funktion als Motor der europäischen Union und beruft sich auf die starke Stellung Baden-Württembergs. Den Abschluss der Diskussionsreihe bildete der Bürgerdialog mit Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Oktober 2018 in Stuttgart. Ergebnis der Bürgerdialoge ist das Leitbild der Landesregierung zur Zukunft Europas: Es soll zum Einen die Zukunft Europas aus Sicht der Landesregierung beschreiben, aber auch deutlich machen, wie die Landesregierung zu Europa steht. Das Leitbild wurde Ende Januar 2019 offiziell vorgestellt und der EU-Kommission übergeben.

Die zehn Zukunftsbilder, die Inhalt des Europa – Leitbilds sind, können Sie der beigelegten Anlage (**Anlage 3**) entnehmen. Für uns als Landkreis sind die folgenden beiden relevant:

Nr. 2: Eine EU, die von unten aufgebaut ist

- Für die Landesregierung bilden die Städte, Gemeinden und Landkreise das Fundament der EU. Die EU sollte sich bei einer möglichen Reform auf die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den Ebenen konzentrieren. Das Ziel sollte laut Landesregierung sein, dass übergreifende Themenstellungen von der EU bearbeitet werden, aber bei regionalen und lokalen Angelegenheiten die Zuständigkeiten auf der kommunalen Ebene verbleiben sollen. So sollte die Kommission in Zukunft bei Gesetzesinitiativen prüfen, ob eine Zuständigkeit besteht, und sich nicht auf die allgemeine Klausel zur Erreichung der Ziele beschränken. Außerdem schlägt die Landesregierung vor, die Anzahl der Vertreter von Kommunen im Ausschuss der Regionen zu erhöhen.

Nr. 10: Eine EU, die die Bürgerinnen und Bürger zusammenbringt

- Hier hat die Landesregierung das Ziel, den Austausch und die Begegnung der Menschen für alle Altersgruppen auszubauen und zu erleichtern. Europa sollte verstärkt in den Schulen, Hochschulen und Kommunen verankert werden. Die Demokratiebildung und das Verständnis für die Funktionsweise der EU sollten an den Schulen gestärkt werden. Auch die Europafähigkeit der Verwaltung sollte gesteigert werden, bspw. mit Austauschprogrammen für Bedienstete, Kommunen und Kreisen.

V. Vertragsunterzeichnung von Aachen, 22.01.2019

Genau 56 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags haben die Regierungen Deutschlands und Frankreichs einen Vertrag über die „deutsch-französische Zusammenarbeit und Integration“ unterzeichnet (**Anlage 4**). Diese Vereinbarung soll den Élysée-Vertrag nicht ersetzen, sondern ergänzen. Das Ziel des neuen Vertrags ist es, die bilateralen Beziehungen zwischen den beiden Ländern zu verstärken, um den derzeitigen Herausforderungen und Krisen etwas entgegenzusetzen. Auch wenn die Berichterstattung hierzu in den deutschen und französischen Medien sehr positiv ausgefallen ist, und man sich dadurch kurzzeitig neue Dynamik in der EU nach dem Vorbild des „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ erhoffte, sollte man auch die Meinung der übrigen Mitgliedsstaaten einbeziehen. Hier gab es auch durchaus kritische Resonanz im Sinne einer „Zwei-Klassen Gesellschaft innerhalb Europas“ bzw. eines parallelen Integrationsprojekts zur EU – das mit dieser in Konkurrenz tritt. Als weiteren Kritikpunkt kann man anführen, dass die Parlamente der beiden Länder letztes Jahr bereits konkrete Projekte formulierten, die viel weitreichender waren, als der Aachener Vertrag. Die Regierungen der beiden Länder konnten sich dann aber nur auf die ziemlich offen gehaltenen Absichtserklärungen im Aachener Vertrag einigen.

Durch den Vertrag soll erreicht werden, dass Deutschland und Frankreich bei europäischen Entscheidungen vermehrt gemeinsam agieren: Dazu sollen beide Staaten vor europäischen Treffen gemeinsame Konsultationen auf allen Ebenen abhalten, um gemeinsame Standpunkte herauszufinden. Außerdem soll eine mehrjährige Vorhabenplanung für die deutsch-französische Zusammenarbeit im Ministerrat erstellt werden, und mindestens einmal im Quartal ein Mitglied der Regierung an Kabinettsitzungen des anderen Staates teilnehmen. Weitere zentrale Inhalte des Vertrags sind Sicherheit und Verteidigung: Die bilaterale Zusammenarbeit soll in Polizei-, Justiz-, und nachrichtendienstlichen Angelegenheiten weiter verstärkt werden. Auch die Zusammenarbeit in der Wirtschaft soll durch Einrichtung eines deutsch-französischen „Rats der Wirtschaftsexperten“ intensiviert werden.

Beschlussvorschlag:

Kenntnisnahme